

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-1364/03
von Maurizio Turco (NI)
an die Kommission

Betrifft: Ausbeutung von EU-Bürgern durch den Staat Vatikanstadt

Der Souvenirverkauf bringt dem Staat Vatikanstadt jährlich etwa 9 Millionen Euro (2002 waren es 6 Millionen und 12 Millionen im Jubiläumsjahr). Ungefähr 50 europäische Bürger mit italienischer Staatsbürgerschaft arbeiten im Verkauf. Sie arbeiten mit einem "mündlichen Vertrag" auf Provision bei einer Arbeitszeit von 8 bis 10 Stunden pro Tag und einer Essenspause von 30 Minuten, wobei der Gewinnanteil zwischen 2-3% und 8-10% liegt. Am Ende des Arbeitstages, nach Abliefern der Ware und der Kasse, für die sie gesamtschuldnerisch haften, erfolgt die Bezahlung bar auf die Hand. Diese Situation besteht seit 1976. Ungeachtet der Anstrengungen, die unternommen wurden, um die rechtliche Stellung dieser Verkäufer zu regeln, wird die geschäftliche Leitung der Verkaufsstände in wenigen Tagen einer privaten Gesellschaft übertragen, welche die Situation dieser "Illegalen" mit einem Mal "regeln werde" und sie ihrer Rechte berauben wird. Für die italienische Republik gelten diese Bürger als arbeitslos und haben somit ein Recht auf sämtliche öffentliche Dienstleistungen wie z.B. die gesundheitliche Versorgung.

Welche Maßnahmen wird die EU möglicherweise gegen einen Staat treffen, der EU-Bürger ausbeutet?